

# Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,  
Sonnabend.

Jährlich 150 Nummern.

für

## Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten  
nehmen Bestellungen an.

Preis  
vierteljährlich 65 Pfennig.

41. Jahrg.

Leipzig, Dienstag den 6. Januar 1903.

№ 2.

### Parteipolitik = Arbeiterpolitik.

(Schluß.)

Wer war es, der durch eminent praktische Tätigkeit die Zuchthausvorlage zu Falle brachte, jene Vorlage, die der deutschen Gewerkschaftsbewegung die schwersten Fesseln angelegt hätte? Die einseitigen Parteigenossen waren es und N. kann ihnen dafür Dank wissen. Denn diese Vorlage hätte verursachen können, daß er jetzt nicht von seiner Redaktionsstube aus zum Kampfe gegen die einseitigen Parteigenossen rufen könnte, sondern daß er, wegen der Verletzung seiner sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellenden Arbeiterpolitik vor den Kadi geschleppt, als „Verbrecher und Unstürzler an der heutigen Gesellschaftsordnung“ verdonnert, hinter „schwedischen Gardinen“ darüber nachdenken könnte, wie einseitig sich doch in eines solchen Richters Kopf die Welt malt. Die einseitigen Parteigenossen haben die deutsche Gewerkschaftsbewegung davor bewahrt, in die Hände der Scharfmacher zu geraten. Wie es den um ihr gutes Recht kämpfenden Gewerkschaften ergangen wäre, wenn sich dieses Ereignis hätte, na, davon habe ich hier eben ein kleines, aber ich glaube sehr treffendes Beispiel angeführt.

Wer war es, der die lex-Heinze, dieses Musterstück päpstlicher Dummheit durch Obstruktion mit aller Kraft in den Schlund helfen warf und so das deutsche Volk vor der „tiefendenden Sittlichkeit“ der Roeren, Gröber und „Genossen“ bewahrte? Die einseitigen Parteigenossen waren es. Ihnen ist ungemein viel daran gelegen, daß sich im Volke natürliche und wahre Sittlichkeit, echtes und reines Empfinden für darstellende und ausübende Kunst entwickelt. Nicht aber jenes „Kunstempfinden“, das den Apollo von Belvedere am liebsten mit Weinfleibern und Stulpenfingern noch obenreißt oder die Bemis von Milo mit Reformkleidern dargestellt sehen möchte. Immer und immer wieder waren es die einseitigen Parteigenossen, welche das zu verhindern wußten!

Aber noch viel mehr und immer noch besser. Wenn irgend etwas dazu angetan ist, den einseitigen Parteigenossen Achtung und Anerkennung zu zollen, so ist es die Tatsache, daß sie jahraus jahrein bestrebt sind, dem Volke das ohnehin schon kärglich bemessene Recht zu bewahren. Wer kann die Zeit ermaßen, die die sozialistischen Redakteure und Agitatoren hinter Kerkermauern haben zubringen müssen, ihrer Gesundheit beraubt und in ihren Finanzen zerrüttet. Nur weil sie das Recht des arbeitenden Volkes verfochten und seine Interessen wahrgenommen hatten, deshalb mußten sie all das Ungemach erdulden, das eine Staatsgewalt über sie verhängte. Und mit dem größten Mute, mit der größten Zuversicht und Hoffnungsfreudigkeit sind sie hinter die Gefängnismauern gegangen, wußten sie doch, wofür und weshalb sie das alles leiden mußten, und wußten sie doch, das andere ihre Stelle einnehmen würden, die in ihre Fußstapfen traten. Für eigenes, persönliches Ich haben sie zurückgestellt um der Gesamtheit zu dienen. Wahrhaftig, es gehört mehr als eine Verkenning der Tatsachen dazu, diese Leute als einseitige Parteigenossen zu bezeichnen.

Wer ist es, der für eine Reform der Rechtspflege eintritt, wenn ist der schon angekündigte Gesekentwurf betr. kaufmännische Schiedsgerichte zu verbanden, und wenn der Entwurf des Kinderbeschutzes, das augenblicklich in der Kommission liegt? Den einseitigen Parteigenossen. Und gerade der letztgenannte Entwurf ist es, der in hohem Maße zeigt, wie eminent praktisch die einseitige Arbeiterpolitik zu arbeiten versteht. In diesem Kinderbeschutzesentwurf haben eine ganze Anzahl sozialdemokratischer Anträge Aufnahme finden müssen, weil die „praktische Arbeit“ der bürgerlichen Parteien „rein für die Katz war“, weil sie den kulturellen Aufgaben nicht gewachsen sind und dieses den „Unstürzern“ überlassen müssen. N. lese einmal die parlamentarischen Berichte der Parteitagsprotokolle durch und vergleiche die parlamentarische Tätigkeit der Fraktionen im Reichstage. Er möchte blind sein, wollte er nicht an seine Brust schlagen und rufen: „Gott sei mir Sündner gnädig!“

Und N. sei einmal ehrlich und sage, woher er sein eminentes Arbeiterprogramm hat? Absolut neue Ideen sind heutzutage schwach gefaßt, und sie sind es immer gewesen, denn es ist eine Folge der organischen Entwicklung, dem alles unterworfen ist, daß sich das neue

immer nur durch ganz kleine Abänderungen vom alten unterscheidet. Das ganze N.sche praktische Programm als da ist: Arbeiterbeschutzesgesetzgebung, Unfallversicherung, Bodenreform, Wohnungsinspektion, Volksschulwesen, Bibliotheken usw. usw. ist weiter nichts als ein großer und allgemeiner Abfackel des sozialdemokratischen Programms und beweist, daß N. nur mit dem sozialdemokratischen Kalbe gepflügt hat. Alles das, was N. als seine Ideen propagiert, das hat schon viele Jahre vor ihm die Partei getan, und nach bestem Willen und Können setzt sie es auch in die Praxis um. Hätte die Partei seinerzeit das Programm patentieren lassen, dann dürfte N. jetzt nicht mit anderen Gedanken hausieren gehen, ohne dafür „höheren Ortes“ belangt zu werden. Das parteipolitische Programm unterscheidet sich vom N.schen erstens nur durch die materielle Konsequenz, die es enthält und zweitens dadurch, daß die einseitigen, utopischen und immer in der Zukunft träumenden Genossen denn doch von des Lebens Wirklichkeit etwas mehr Ahnung haben als es bei N. der Fall ist, und daß sie etwas mehr mit realen Tatsachen rechnen als es N. tut. Wenn er sein Programm so durchsetzen will wie er es sich denkt und dabei „seinen“ Kollektivismus, d. h. also die Hilfe der bürgerlichen Gesellschaft mit in Anspruch nehmen will, dann ist er schwer lastiert und sein Programm mit ihm. Dann kann er getrost einpacken und wie der betäubte Lohgerber seine Felle den Bach hinunter schwimmen lassen. Die bürgerliche Gesellschaft wird ihm zur Durchführung seines Programms nicht beistimmen, denn er jagt ja selbst: „Waffen zur eignen Vernichtung zu schmieden, kann man niemand zumuten.“ Darüber ist sich N. sehr, sehr klar. Und um diesem Lebel abzuhelfen, muß er der bürgerlichen Gesellschaft weitgehende, sehr weitgehende Konzessionen machen, so weitgehend, daß von seinem ganzen Programm so viel übrig bleibt, daß es zum Leben zu wenig, zum Sterben aber zu viel ist, sein „praktisches“ Programm also für diesen Fall der Taube gleiche, die am fernsten Horizonte dem sehenden Auge sichtbar wird. Die Partei zieht diese Konsequenz in ihrem Programm, und darum hofft und erwartet sie nichts von der bürgerlichen Gesellschaft, wohl aber alles von der zunehmenden Macht und der Erstarkung der Arbeiterklasse.

Aber noch etwas praktisches, außerordentlich praktisches darf auf keinen Fall hier vergessen werden. Welche Preise ist es, die „trotz ihrer Sittenlosigkeit“ nach den Geboten der Sittlichkeit und der Moral handelt und alle schlüpferigen Inserate, wie Heiratsanzeigen, diverse Gummikartell usw., grundsätzlich aus ihren Spalten fernhält und dafür Sorge trägt, erzieherisch auf die Sittlichkeit und Moral einzuwirken? Nur einzig und allein die sozialdemokratische einseitige Parteipresse.

Mit diesen Aufzählungen will ich mich begnügen, ich denke, es sind genug. Daß also zunächst die Sozialdemokratie nicht nur eine, sondern auch die Arbeiterpartei ist, das steht fest trotz des Zweifels und Widerspruches Dr. Freundes und Ruhemanns, zweier von jenen bürgerlichen Sozialreformern, die, ungeachtet ihrer anerkennenden Moral, die sie besitzen, die moderne Arbeiterbewegung zum Objekt ihrer experimentellen und bibelförmigen Sozialpolitik machen möchten. Die Sozialdemokratie ist dem Schoße des arbeitenden Volkes entsprossen und kann daher auch nur einseitig die Interessen des Volkes wahrnehmen. Wenn N. den Begriff einseitige Parteigenossen in diesem Sinne meint, dann dürfte es wohl die Zustimmung des einseitigen Parteimeinenden finden. Die meisten der agitatorisch tätigen Genossen haben von der Pike auf gebiet und wissen daher sehr gut, wo das Loch gestopft werden muß. Und die anderen aber, die Akademiker und Theoretiker: als Lehrer, Pastoren, Unternehmer, Schriftsteller, Rechtsanwälte, Bierwirte usw. (die reine Konkurrentfirma der „Gesellschaft für soziale Reform“!) Diese G. f. j. N. erfreut sich, nebenbei gesagt, bei N. großen Ansehens, von denen N. so herabwürdigend spricht in seiner „Probe aufs Exempel“, sie sind derartig mit den Gefühlen und Empfindungen des arbeitenden Volkes verwachsen, daß es sich keinen bessern Berater wünschen kann. Diese sozialdemokratischen Bierwirte besitzen so viel sozialpolitisches Verständnis, daß sie den ebenfalls „soziales Verständnis“ besitzenden folgenden deutschen Buchdruckerprinzipalen (frei nach N.) noch 99 Proz. abgeben können, damit die Differenz auch nur einigermaßen ausgeglichen

ist. Wenn die deutschen Buchdruckergehilfen lauter solche sozialdemokratische Bierwirte als Unternehmer hätten, dann wäre das Motto des Tarifes: „Der Tarif ist der anerkannte Ausdruck dafür, was für die gegenseitigen Beziehungen im Deutschen Reich gerecht und billig ist“, anerkannt, aber in einer ganz andern Weise. Der Verband könnte dann, anstatt seine ganze Einnahme für die Arbeitslosen zu verpulvern, sie für kultivierende, belehrende, erzieherische Aufgaben verwenden und sich so ein bleibendes Denkmal in der deutschen Kulturgeschichte errichten.

Daß aber ferner die Parteipolitik reine, praktische Arbeiterpolitik ist, das glaube ich genügend bewiesen zu haben. Denn wenn alles das was ich angeführt habe, keine reine Arbeiterpolitik ist, dann möchte ich wissen, was man unter praktischer Arbeiterpolitik eigentlich versteht und unter welcher Rubrik das von mir aufgezahlte fällt. Unter die Rubrik der Theorie der Umgestaltung der heutigen Verhältnisse doch sicher nicht, und wenn, na, dann verfallt auch N.s Arbeiterpolitik diesem Schicksale. Vielleicht ist N. so freundlich und klärt mich darüber auf.

Während nun aber die bürgerlichen Parteien ihre Arbeiterpolitik nach der Methode behandeln: Wasja mir den Pelz, aber mach ihn nicht naß“, von der auch N.s Arbeiterpolitik nicht freizusprechen ist, ist es die Partei politik, die sich diesen Grundsatz nicht zur Richtschnur macht. Dieses Moment ist es, das die Partei politik turmhoch über die Sozialpolitik der bürgerlichen Parteien erhebt und noch viel eher den Namen einer praktischen Arbeiterpolitik verdient als N.s Ständesvertretung. Die Partei politik will keine fix und fertig in der Gesetzgebungsmaschinerie zusammengebaute Arbeiter- und Sozialpolitik, die nicht kalt und nicht warm ist, sondern sie will soziale Taten sehen, die geeignet sind, den Kulturzustand des arbeitenden Volkes zu heben. Ich jage hiermit nicht, daß N. nicht auch dieses will, aber ich habe die Konsequenzen gezogen, die sich für ihn bei der Durchführung seines Programms ergeben. Und darum ist die Partei politik keine kompensierende, kompromisselnde und auf schmale Vergleiche angewiesene Arbeiterpolitik, die auf der Verzichtsleistung so ziemlich aller Forderungen der Arbeiter beruht, sondern sie ist eine Politik der Kultur und des Fortschrittes. Nicht Bedürfnislosigkeit predigt diese Politik, sondern das Bedürfnis, mit zu leben, mit zu raten, mit zu taten. Je mehr Bedürfnisse ein Volk hat, desto höher ist sein Kulturzustand, und je weniger, desto niedriger. Aus dieser Tatsache zieht die Partei politik die Konsequenz, indem sie die Gleichheit lehrt. Die Lehre der Gleichheit oder jenen wir auch: die Theorie über die Umgestaltung der heutigen Verhältnisse ist das Element, das der praktischen Partei politik lebendigen Odem einhaucht. Wie sich in der ganzen Natur das gefeinstmögliche unsichtbare Leben lebendiger und ewiger Kraft bemerkbar macht, wie sie auch der kleinsten Gegenstand, der scheinbar für unser Begriffsvermögen in der vollendetsten Ruhe verharrt, in ewigem Kreislaufe der Dinge nach ewigen und ehernen Gesetzen mit sich herumreißt, so ist es das Moment der Gleichheit in der Partei politik, das ihrer praktischen Tätigkeit Leben und Bewegung verleiht. Unausgesprochen zwar, aber doch zum Gegenstande des gesamten Denkens und Handelns gemacht, ist die Theorie über die Umgestaltung der heutigen Verhältnisse zugleich das sichere und feste Fundament, auf das die Partei politik das Gebäude ihrer praktischen Tätigkeit errichtet. Gibt die Partei politik dieses Moment auf, dann schafft sie in Wahrheit Schuppensarbeit oder ein weifenloses Schemen, das für unser Begriffsvermögen eitel Dunst und Luft ist. Alle praktische Tätigkeit der Arbeiter findet ihre Erklärung darin, eben durch diese Tätigkeit sich die wirtschaftliche Unabhängigkeit und politische Freiheit zu erringen. Will man aber, wie es bei uns der Fall ist, den eigentlichen Gegenstand der praktischen Tätigkeit aufgeben, so gerät man in ein unwirtbares Labyrinth, aus dem ein Entrinnen unmöglich ist. Und weil die Partei politik dieses nicht tut, sondern die Sozialisierung der Gesellschaft als leitendes Motiv ihrer ganzen praktischen Tätigkeit betrachtet, aus dem Grunde macht sie überall, wohin die einseitigen Parteigenossen bringen, der belebende und kultivierende Einfluß der Partei politik bemerkbar. Es werden die Schäden bürgerlicher Korruption rüchthaltlos aufgedeckt, damit das Volk sieht, woran die ganze Gesellschaft krank. Die

Forderungen der einseitigen Parteipolitik in Staat und Gemeinde und in den Verwaltungskörpern sind auch in den gegenwärtigen Verhältnissen durchaus realisierbar. Und weshalb lehnt man sie in bürgerlichen Kreisen ab? Zunächst ist es der Profit, der dadurch etwas geschmälert werden könnte. Dann ist es aber das Moment, daß als logische und unausbleibliche Folge die Arbeiterbewegung durch die Realisierung ihrer Forderungen zur größten Machtfülle gelangt und schließlich das Uebergewicht über die herrschenden Klassen bekommt. Dieses Moment ist es, das alle bürgerlichen Parteien fürchten und darum dem Arbeiter keine weitgehenden Konzeptionen machen. Denn ich wiederhole noch einmal den H.schen Ausspruch: „Waffen zu seiner eignen Vernichtung zu schmieden, kann man niemand zumuten.“ In dem Augenblicke, wo der Arbeiter durch seine Erziehung und Entwicklung das Uebergewicht (und das ist die notwendige Folge der praktischen Parteipolitik) bekommt, in dem Augenblicke ist es vorbei mit der göttlichen Vorsehung und der Ungleichheit, und an ihre Stelle tritt die göttliche Weltordnung und die Gleichheit.

Ich hätte eigentlich noch viel zu sagen, und die einseitigen Parteigenossen würden es mir nicht nachtragen, wenn ich es täte. Da ich mich aber nicht der angenehmen Hoffnung hingabe, einem jeden aus dem Herzen geschrieben zu haben, so will ich mit der Geduld der Leser nicht länger mehr eine Probe aufs Exempel machen. Vielleicht findet sich später noch Gelegenheit, ausführlicher zu werden, umso mehr, da ich annehme, daß H. diesen Artikel wegen seiner „schwachen Logik“ eines genügend starken journalistischen Schutzes auf dem unwirktlichen publizistischen Kampffelde für würdig erachten wird. Wenn ich die Parteipolitik einmal nach Gebühr gewürdigt habe, so gehe ich deshalb, um den Lesern des Corr. auch einmal die andre Seite der Medaille von der einseitigen platten und dogmatischen Parteipolitik zu zeigen, nachdem H. schablonenmäßig immer nur die eine Seite hatte, und sein vielgestaltiges Programm (das er aber auch erst dieser einseitigen Parteipolitik entnommen) immer daneben gesetzt hat. H. verjagt fortgesetzt einen künstlichen Gegensatz zwischen der Parteipolitik und der Arbeiterpolitik zu konstruieren, den es in Wirklichkeit gar nicht gibt, und das glaube ich doch wohl nachgewiesen zu haben. Tagtäglich beweisen ihm die Tatsachen, daß die Parteipolitik eben Arbeiterpolitik ist. Ich betone hier nochmals, daß ich nicht der Partei angehöre und auch wohl niemals angehören werde, wie ich schon eingangs meines Artikels hervorhob. Aber auch einem Unparteiischen (wenn ich mir die Freiheit nehme, mich so zu nennen) ersäht einmal ein berechtigter und erbitterter Grimm, wenn er fortgesetzt das herabgewürdigt sieht, was der Arbeiter sich selbst schafft. Es liegt mir fern, hier Stimmungsmache zu betreiben, dazu sieht mir der Corr. viel zu hoch, als daß ich ihn dazu für gut erachten würde. Und noch viel weniger habe ich im Sinne, H. selbst persönlich anzugreifen, dazu bin ich nun ganz und gar nicht im stande, nachdem ich unter fortgesetzten erbitterten Kämpfen mit meinem persönlichen und egoistischen Ich den alten Adam zum Teile aus mir entfernt und an die Stelle eine bessere Moral, glaube ich, gesetzt habe. Aber wenn H. bei jeder nur denkbaren Gelegenheit immer mit der ganzen Kraft seiner Argumente gegen die einseitigen Parteigenossen und deren einseitige Parteipolitik zu Felde zieht und fortgesetzt sein reichhaltiges Programm im Corr. veröffentlicht, so ist es angebracht, auch einmal das parteipolitische Programm weiter zu erweitern, das bei uns schon der gänzlichen Verfunkenheit anheimgelassen ist. Und es ist recht vielfältig, wie man gesehen. Vergleicht man die beiden Programme mit einander, so sind sie merkwürdigerweise egal, bis auf den Sozialistenkoller H.s (seine Verleibigung, Kollege H., sondern eine sehr reale Tatsache). H.s Programm ist genau so ein Umsturz der heutigen Gesellschaftsordnung wie das parteipolitische, und genau so ein Umsturz, wie ihn z. B. die Segnmachine augenblicklich in unserm Gewerbe vollführt. Kürzlich gab der Professor Rumpfen in der Zeitschrift Die Nation eine sehr ausführliche Deduktion des Begriffes „Umsturz“. Ich nehme an, daß H. ihn gelesen hat und auch für sich Konsequenzen daraus zieht. Man täufelt sich aber nicht: Wo man nicht sät, kann man auch nicht ernten, und wo nichts ist, da kann man mit dem besten Willen selbst mit des Teufels oder auch Koboldswitzes Hilfe nichts schaffen: d. h. eine Macht. Das sozialistische Motiv ist die treibende Kraft und das Motiv, wodurch die moderne Arbeiterbewegung zur Machtfülle gelangt. Schafft man dieses Motiv weg, so kann man niemals eine Macht werden, und gestaltet dadurch gleichzeitig die moderne Arbeiterbewegung zu einer Karrikatur. Die politische, die Gewerkschafts- und die Genossenschaftsbewegung sind nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zwecke: um das unerreichbare, phantastische Zukunftsideal, den Sozialismus, zu erringen. Und dieses phantastische Zukunftsideal ist sehr einfach: Man denke sich den Unternehmer hinweggerissen von seinem Privatbesitz an den Produktionsmitteln und diese in die Gesamtheit übergeführt und „fertig ist die Laube“. Dieses geschieht allerdings nicht so geschwind, wie es hier geschrieben ist, sondern das Hinwegreißen des Unternehmers von seinen Produktionsmitteln erfordert eine lange organische Entwicklung der ganzen Gesellschaft.

Wir persönlich ist ein jeder Weg recht, der zu diesen Zielen führt. Ich bin nicht so einseitig auf irgend ein Programm verfaßt, daß ich z. B. nur den politischen oder den gewerkschaftlichen oder genossenschaftlichen Weg

für richtig hielte. Ohne Bittern und Zagen beschreite ich selbst den Weg des H.schen Kollektivismus und nehme die Hilfe der bürgerlichen Gesellschaft an, wenn mir H. massive, aber recht massive Tatsachen dafür brächte, daß kein Kollektivismus nicht nur in seiner Phantasie, sondern auch in der Wirklichkeit existierte. Sobald er mir Beweise dafür bringt, daß der Arbeiter die Hilfe der bürgerlichen Gesellschaft erhält und auf diese Weise der Klassenkampf aufhört zu existieren, in diesem Augenblicke bin ich der erste, der sich für seine Ideen begeistert und ausruft: Fort mit der Theorie über die Umgestaltung der heutigen Verhältnisse, fort mit der Gleichheit, fort mit allem sozialistischem Hokusfokus! und wahrlich, er soll einen eifrigen Verfechter seiner Ideen in mir erhalten. Aber, das dicke, fette aber: „Wir stehen auf dem Standpunkte, daß Art nicht von Art läßt und daß, wer diesen ewig in der Menschheitsgeschichte bewiesenen Fundamentalsatz zu leugnen versucht, sich selbst ins Gesicht schlägt, so sagt H. in seinem Artikel Kaiser und Arbeiter. Wird er nun wohl so freundlich sein und diesen Fundamentalsatz nicht nur auf buntnadelgeschmückte Arbeiter à la Mammit, sondern auch auf das Unternehmertum einschließlich der deutschen Buchdruckerprinzipalität anwenden? Wird er so freundlich sein, insofern dieses Fundamentalsatzes, sich so bestig „ins Gesicht zu schlagen,“ daß alle kollektivistischen Ideen dadurch hinausfliegen, oder gestaltet er sich für die deutschen Buchdruckerunternehmer eine Ausnahme von diesem ewig in der Menschheitsgeschichte bewiesenen Fundamentalsatz? (U. U. w. g.!)

Gerade die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Situation zeigt uns, daß Art nicht von Art läßt. Der Umsturz im Reichstage (Umsturz im wahren Sinne des Wortes) beweist, daß die bürgerliche Gesellschaft nicht von ihrer Art läßt, sondern einzig ist in ihrer Moral, den Arbeiter am Fortschritte zu hindern. H. befehlige seinen Fundamentalsatz und bedenke, daß auch die deutschen Buchdruckergehilfen nicht von ihrer Art lassen können ohne sich selbst ins Gesicht zu schlagen. Der Buchdrucker gebe seinen dummen und eingebildeten Sonderstandpunkt auf und beweise, daß er ein Arbeiter ist, der sich erst zur Menschwerdung emporzuschwingen will und deshalb dahin muß, wohin er gehört: in das Gros der Arbeiter! Gegenwärtig hat der Arbeiter am allermeisten zu beweisen, daß er nicht von seiner Art lassen darf, sondern daß er einzig, einzig und noch einmal einzig sein muß, um der bevorstehenden drohenden Macht der Reaktion und Korruption wirksamen Widerstand zu leisten. Wer angesichts der Affentate im Reichstage noch einen Augenblick darüber im Zweifel ist, daß der Arbeiter die Hilfe der bürgerlichen Gesellschaft nicht erhält, der wird in unverbesserlichem Optimismus in sein Verderben rennen und die Folgen selbst zu tragen haben. Darum gibt es nur eine Parole für den Arbeiter, der sich auch der deutsche Buchdrucker nicht entziehen kann: Vorwärts, unaufhaltsam vorwärts in den gemeinsamen, solidarischen Kampf gegen den gemeinsamen Feind des Arbeiters: den Kapitalismus. Ich schließe meinen Artikel mit einer Shakespeareschen Strophe:

Der Strom der menschlichen Geschäfte wechselt; nimmt man die Zeit wahr, führt sie zum Glück; verkennt man sie, so muß die ganze Reize des Lebens sich durch Not und Klappen winden. E.

## Reyhäuser — Arbeiter — Sozialdemokratie.

In demselben Augenblicke einer wirtschaftlichen Depression, noch verschärft durch den Zollwucher bis auf jene Spitze getrieben, wo eben den Gefühlen eine Apat anzusprechen ist und nicht immer der „gesunde Menschenverstand“ in volle Anrechnung kommt, ist es mir einfach unverständlich, in wie ein Redakteur eines führenden Gewerkschaftsorgans dazu kommt, als Arbeiter eine Arbeiterpartei, wie es die sozialdemokratische ist, in verletzlicher Weise anzugreifen.

Dies beweisen die Artikel in Nr. 143 und 146. Ist nicht die s.-d. Partei jene Partei, die die Interessen der Arbeiter am besten und nur allein vertritt und vertritt hat?

Meine Ueberzeugung vom Kollegen Reyhäuser ist in Kürze folgende: Seit man Kollegen Reyhäuser aus dem s.-d. Vereine Leipzig-Güd ausgeschlossen hat, seit jener Zeit datiert das Verärgertheil gegen die s.-d. Partei, was oft bis an das Grenz, hinzu kamen noch Bänkereien führender Personen in Leipzig, die jedoch wie mir möglich geduldet wurden, aber jetzt dieses Verärgertheil in Leitartikeln weiter zu spinnen, grenzt an eine Rabidität, die staunenswert ist, auch ich kann nicht anders als ausruhen: Bis hierher und nicht weiter!

Zu seinem Leitartikel in Nr. 146 des Corr. führt Kollege Reyhäuser aus, daß er mit einer Selbstverständlichkeit sich sagen lassen muß, daß es all der Anstrengungen gar nicht bedürftig hätte, wenn nur die Arbeiter, die Sozialdemokratie, ein bischen Entgegenkommen — dem Regierungsprogramm des Kaisers gezeigt hätte, das erstrebte Ziel längst erreicht wäre.

Diese Selbstverständlichkeit muß einem eigentümlich berühren, wenn man bedenkt, wo er diese herinnimmt, und er nimmt sie daher, weil die Führer der Sozialdemokratie es abgelehnt haben, die „Reformen“ des Kaisers anzunehmen, dadurch der Kaiser sich an die falsche Adresse gewandt habe. Soweit mir die Geschichte der letzten zehn

Jahre bekannt ist, ist dieses nicht wahr oder es sind Reformen gewesen, die schlimmer waren wie keine.

Mit dieser Monarchenfreundlichkeit tritt auch seine Sonderstellung recht klar zu Tage. Er will Arbeitervertreter vom Berufe auserwählt haben, aber nur keine Sozialdemokraten, auch keine nach dem Herzen des Kaisers, ja was für welche dann nur? Und ich muß hier dem Kollegen Reyhäuser ins Gedächtnis zurückschreiben, was für Vertreter die Sozialdemokraten sind: Die Buchdrucker Diez und Fischer, der Holzbidhauer E. Fischer, der Drechsler Bebel, der Lithograph Schmidt, die Kaufleute Bernheim, Singer und Rosenow, der Gärtner Stolle, der Weber Grünberg, der Strumpfwirker Baudert, der Tapetier Ehrhart, die Schlosser Frohme und Ulrich, der Former Schwarz, der Spengler Metzger, die Böttler Segis und Schlegel, die Schneider Albrecht und Reichhaus, die Schuhmacher Bod und Geisler, die Zigarettenarbeiter Meyer, Hofmann, Kaden, Klee, Förster, v. Elm, Mollenbuh und Antzitz, der Sattler Auer, der Glasarbeiter Horn, der Bergarbeiter Sacke, der Zimmermann Kramer, die Tischler Dresbach, Klotz, Pfannhuth, Tufbauer und Zubeil, also 40 Arbeiter aus der Werkstat als Parlamentsvertreter, welche 21 gewerbliche Berufe vertreten, bleiben noch übrig 18 akademisch gebildete s.-d. Abgeordnete, Advokaten, Redakteure und Schriftsteller, welche wir sehr gut gebrauchen können und keine Zweifel zu hegen sind, daß sie aus Ueberzeugung handeln. Darum fort mit Problemen, wie „den einfachen schlichten Mann aus der Werkstat“, fort mit den Reyhäuserischen Arbeitervertretern, welche nur die Kräfte gesplittieren.

Gerade die Disziplin macht es zur Pflicht, sich in einer Partei zusammen zu fassen, damit jeder einzelne Haft bekommt, daß er nicht im Ungewissen herumtappen muß, daß es dann viel besser ist, wenn ihm ein Ziel gesteckt ist, wir würden aus dem Chaos der Verirrungen nicht herauskommen, wollten wir so verfahren, das Volk würde einem solchen Parlamente nur mitteilig zusehen.

Kollege Reyhäuser fragt in Nr. 150 des Corr.: Ist der Angeklagte schuldig? Das muß ich mit einem lauten und deutlichen Jawohl beantworten. Was nicht da alles Wetue und Gemummere und wenn er noch mit so und soviel Mottos seine Artikel beginnt und sich auf das „heilige Menschenrecht“ der freien Meinungsäußerung beruft. Das ist doch keine freie Meinung mehr, das sind Anwürfe gegen seinen ärgsten Feind und dieser Artikel macht es nicht besser, sondern nur noch schlimmer. Er entwirft ein Schreckbild der Sozialdemokratie, die Revolution, weiter wirft er den s.-d. Führern vor, daß es ihnen an Mit Hilfe, die Konsequenzen zu ziehen. Man sieht hier wieder, daß es nicht immer rein sachliche Motive sind, sondern nur Spott und Hohn. Die s.-d. Partei hat oftmals die Taktik geknüpelt, sie hat auch andere Mittel und Wege gefunden, die zum Ziele führen können, und das sind nach meiner Ansicht keine Mauerungen, man hat sich nur den Verhältnissen und Zeiten angepaßt, was ja auch Reyhäuser will.

Er schreibt, daß er einfach baff sei; ja mich wundert das Verhalten der Kollegen in Hamburg, München usw. nicht, da kann er hundertmal schreiben, daß es falsche Deutungen, Mißverständnisse oder Beeinflussungen sind, die Kollegen haben nur verstanden, daß es nicht immer rein sachliche Motive sind, sondern persönlicher verhaltener Grimm und diersehalb sich noch keine Masse nachführen läßt.

Eine treue Bundesgenossin, die ihm in Fräulein Zmie erstanden ist, schreibt am Schluß ihres Artikels in Nr. 150: Es wird daher m. E. die Unabhängigkeit einer selbständigen parlamentarischen Aktion der Gewerksvereine dazu beitragen, unsere politischen Verhältnisse zu sanieren.

Aber wie! Denkt Fräul. Zmie im Ernste daran, eine Regierung wie die jetzt bestehende, oder der heutige Kapitalist würden uns dann mehr Entgegenkommen zeigen als bis dato? Niemals sage ich, wir müßten alles ebenfalls auch fordern wie vordem, machten wir dann Ernst mit unseren Forderungen, so ginge es uns um kein Haar besser als der s.-d. Partei, hinzu käme noch, daß die Gewerkschaften als politische Vereine erklärt würden und wo bliebe dann ihre immer wiedergekäuete Neutralität? Und ich sage mit Fräul. Zmie: Die bescheidenste Tat ist hier, wie so oft, mehr wert als die umfassendste Kritik!

Zum Schluß muß ich noch bemerken, daß ich dieses nicht aus Parteianatismus, sondern aus innerster Ueberzeugung geschrieben habe, ferner muß ich es dem Kollegen Reyhäuser zur Ehre anrechnen, daß mich gerade seine 1-ten Artikel veranlaßt haben, zu denken und zu urteilen. Hier Kollege Reyhäuser mit seiner Sonderstellung, dort die Arbeiter, und die Gewerkschaften werden die Vorschule für die Sozialdemokratie sein und bleiben.

Leipzig, 1. Januar 1903.

P. H.

Aus Breslau erhalten wir folgende Zuschrift: „Als Vorsitzender des sozialdemokratischen Vereins für Breslau und Mitglied des Deutschen Buchdruckerverbandes bitte ich Sie, zu dem Artikel „Ist der Angeklagte schuldig?“ zu berichten, daß in Breslau nicht nur 17 Buchdrucker der sozialdemokratischen Partei angehören. Eingeschriebene Mitglieder der Partei sind im Jahre 1900: 51, 1901: 57, 1902 etwa 70 Buchdrucker, darunter die große Mehrheit des Ortsvorstandes. Abgesehen davon, daß auch unter den nicht eingeschriebenen Buchdruckern sich sehr viele mit Stolz zur Sozialdemokratie zählen, stehen auch so die Buchdrucker prozentual mit am besten da unter den gewerkschaftlichen Organisationen. — Privatim erlaube ich

mir noch hinzuzufügen, daß die Zeit wohl der Volkswacht Recht gegeben hat, die Ihnen vor zwei Jahren nahe legte, den Platz an Corr. freiwillig zu räumen. Denn heute spielen Sie in der Allgemeinarbeiterchaft wohl ungefähr die Rolle eines Zerplitterers, wie Brust bei den Bergleuten. Unangenehm selbst, die von Ihnen gezeichnete Tendenz — von der Revolution zur Reform — wäre in der Hauptsache richtig erkannt, so bleibt doch der ein Feind der Arbeiter, der diese Entwicklung auf Kosten der Einigkeit der Arbeiterchaft gewalttätig finden will. Ich kann keinen Unterschied finden zwischen einem Zerplitterer der Gewerkschaften, dem der christliche Glaube die Triebfeder seiner Handlung ist, und einem Manne, der die Einigkeit des Proletariats einer andern Idee zu Liebe absichtlich gefährdet.

Ueber eine Bezirksversammlung in Mainz lesen wir in der Mainzer Volkszeitung (bei uns ist ein Bericht nicht eingegangen): „Nunmehr wurde von verschiedenen Kollegen das gegenwärtige Gebahren des Corr.-Redakteurs auf das schärfste verurteilt. Besonders in letzter Zeit habe N. wiederholt versucht, einen Keil zwischen Buchdruckerverband und Partei zu treiben. Der Zentralvorstand müßte aufgefordert werden, dem Treiben N.s Einhalt zu bieten oder ihn von seinem Redakteurposten entfernen, dem Reichshäuser nationalsoziale Ansicht brauchten sich die Verbandsmitglieder nicht fortgesetzt bieten zu lassen. Sämtliche Redner sprachen sich gegen Reichshäuser aus und wurde dann am Schlusse eine Resolution eingebracht, welche einstimmige Annahme fand und sowohl dem Corr. wie auch dem Zentralvorstande übermittelt werden soll. Diefelbe lautet: „Die Versammlung des Bezirksvereins Mainz verurteilt entschieden die neuerlichen Angriffe des Kollegen Reichshäuser gegen die Sozialdemokratie und erwartet insbesondere, daß die Propaganda für „Gewerkschaftskandidaten“ gerade in Anbetracht der von allen Seiten gegen die Partei gerichteten Angriffe und angeht der bevorstehenden Reichstagswahlen unterbleiben wird. Wenn Reichshäuser einen solchen Standpunkt weiter einnehmen sollte, wie erst jüngst wieder, so hält es die Versammlung für notwendig, daß Reichshäuser seitens des Zentralvorstandes auf den richtigen Weg gewiesen wird; kann oder will Reichshäuser dieser Weisung nicht Folge leisten, dann wäre die Frage eines Redakteurwechsels in das Bereich der Erörterung zu ziehen. Seinen nationalsozialen Standpunkt möge N. im übrigen für sich behalten.“

## Korrespondenzen.

**-e. Siegnitz.** In der Ortsvereinsversammlung vom 6. Dezember wurde unter anderem beschlossen, wie frühere Jahre so auch dieses Jahr zu Weihnachten den hier durchreisenden Kollegen sowohl als auch den am hiesigen Orte befindlichen Konditionslosen sowie den vorhandenen bedürftigen Kollegen-Witwen aus der Ortskasse eine kleine Unterstützung zu teil werden zu lassen. — Ferner wurde der schlechte Versammlungsbesuch moniert und gab dieser zu einer lebhaften Debatte Anlaß. — Auch das geistige Interesse wird hier gefördert, indem seit dem Jahre 1899 in den Winterhalbjahren vom Ortsvereine in Verbindung mit dem Gewerkschaftskartelle Projektionsvorträge vom Kosmos-Institute zu Leipzig sowie dazwischen Regitationen des Herrn Bakotte-Berlin arrangiert wurden. So wurde im Dezember „Die größte Sünde“ rezitiert; leider war dieser Abend schlecht besucht. Doch stellte das Gebotene alle Zuhörer überaus zufrieden, was der Herrn B. gezollte Applaus zur Genüge bewies.

**-e. Bezirk Offenbach a. M.** Zu Ehren der Kollegen H. Zappay aus Marburg und J. Krumeich aus Montabaur, welche dem Verbands dreißig bzw. sechsundzwanzig Jahre angehören, fand am 13. Dezember im Vereinslokale ein Familienabend statt, welcher zur Zufriedenheit jeden Teilnehmers verlief. Durch einige Musikstücken eingeleitet, wies dann der Bezirksvorsitzende auf die Bedeutung der Feier hin und feierte die Jubilare in längerer Ansprache. Nachdem dann jedem der Geehrten ein künstlerisch ausgestattetes Diplom überreicht war, dankten dieselben für die ihnen erwiesene Ehrung mit warmen Worten und forderten die jüngere Generation auf, gerade so wie sie auch in schweren Zeiten stets treu zur Fahne des Verbandes zu halten. — Glückwünsche waren eingegangen aus allen Bezirken des Gau's sowie private. — Hierauf folgten ernste und heitere Vorträge seitens einiger Kollegen sowie Wiederholungen der Gesangsabteilung des Bezirks und der unvermeidliche Tanz beschloß die würdige Feier. — Möge es den Jubilaren vergönnt sein, noch recht lange in geistiger und körperlicher Frische in unsrer Mitte zu verweilen.

**Stuttgart.** Die am 13. Dezember abgehaltene Mitgliedschaftsversammlung beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Antwort des Ministeriums auf eine Beschwörung des Gauvorstandes, welche derselbe gegen die Verhaftung und Bestrafung eines Verbandsmitgliedes wegen Landstreicherei in Heilbronn (siehe No. 135 des Corr.) einreichte. Um auch weiteren Kreisen Kenntnis von dem sozialen Blicke am grünen Tische zu geben, möge die Antwort hier folgen. Sie lautet: „Das Ministerium verkennt nicht, daß der Rückgang der Konjunktur in manchen Gewerkschaften vielen Gewerbegehülften und Fabrikarbeitern die Erlangung von Arbeit, auch wo diese ernsthaft angestrebt wird, erschwert und daß es Aufgabe der Dekretäre ist, bei der Prüfung der Frage, ob eine ihnen vorgeschickte beschäftigungslose Person der Land-

streicherei sich schuldig gemacht habe, jenen Umständen ebenso zu würdigen, wie den weiteren Umständen, ob der Vorgeschickte etwa als Mitglied eines gewerkschaftlichen oder sonstigen Verbandes einen gesicherten und realisierbaren Anspruch auf Unterstützung hat, der die Annahme seiner Mittellosigkeit ausschließt. Zu einem allgemeinen, die Oberämter auf diese Gesichtspunkte hinweisenden Ausschreiben scheint aber, zumal da diese Behörden nicht endgültig über das Vorliegen einer Uebertretung der Landstreicherei zu entscheiden haben, ein ausreichender Grund nicht vorzuliegen und insbesondere auch aus dem in dem Schreiben des Gauvereins Württemberg angeführten Falle des Buchdruckers Paul John aus Sömmersbach sich nicht zu ergeben. Denn in diesem Falle hat das Kgl. Oberamt Heilbronn, obwohl es anerkannte, daß derselbe jeweils vom Verbands Deutscher Buchdrucker an den einzelnen Orten, wo sich Druckereien und Unterstützungsstellen befinden, Unterstützung finden werde, Landstreicherei aus dem Grunde als vorliegend angenommen, weil es als erwiesen betrachtete, daß es dem John, welcher seit Mitte März dieses Jahres, also über sieben Monate, ohne irgendwie zu arbeiten nur von Unterstützungen gelebt habe und augenblicklich gänzlich mittellos gewesen, gar nicht erstlich um Arbeit zu tun gewesen sei. Ein Rechtsmittel hiergegen ist von John nicht ergriffen worden.“ Von sämtlichen Rednern wurde dieses Schriftstück einer scharfen Kritik unterzogen und dabei ausgeführt, daß unser heiter als vorgezeichnetes, fortgeschritten angeesehenes Ministerium so kurzfristig für das soziale Leben sei. Einerseits werde die wirtschaftlich schlechte Konjunktur anerkannt, andererseits aber dennoch die Bestrafung wegen Landstreicherei als rechtmäßig angesehen. Um so mehr sei dies zu beauern, da, wie jetzt bekannt werde, dieser Fall nicht vereinzelt dastehe, denn im Laufe des Jahres kamen noch zwei ähnliche Fälle in Gmündin und einer in Tübingen vor. Die Sache hätte genauer untersucht werden sollen, denn es sei eine allgemeine Arbeiterfrage und nicht bloß für die Buchdrucker allein von Bedeutung. Mit dem Vorschlage des Gauvorstandes erklärte sich die Versammlung einverstanden, nochmals an das Ministerium heranzutreten, um denselben Gelegenheit zu geben, sein Herz ganz auszusprechen, bei Gelegenheit soll die Sache dann auch im Landtage zur Sprache gebracht werden, eventuell soll das Gewerkschaftskartell beauftragt werden, eine öffentliche Volksversammlung einzuberufen, welche sich dann mit solchen Fällen beschäftigen soll. — Im weiteren gab der Vertrauensmann noch das Resultat der freiwilligen Sammlung für die Konditionslosen bekannt. Es gingen ein von Stuttgart 1705,10 Mk., von den auswärtigen Mitgliedschaften 438,60 Mk., zusammen 2143,70 Mk. Hierzu kommt noch ein Zuschuß von der Gaukasse von 400 bis 500 Mk. Bei der Verteilung sollen diejenigen Kollegen bedacht werden, welche im Laufe des Jahres wiederholt außer Stellung kamen und längere Zeit zum Nichtstun verurteilt waren. Es sollen also alle diejenigen Kollegen ein Weihnachtsgehalt erhalten, welche vom 15. Dezember ab konditionslos sind, ferner diejenigen, welche im 4. Quartale mindestens 3 Wochen konditionslos waren und nicht mindestens sechs Wochen ununterbrochen vor Weihnachten arbeiteten, endlich diejenigen, welche im 3. und 4. Quartale zusammen mindestens acht Wochen oder im 2., 3. und 4. Quartale mindestens zwölf Wochen, oder im 1., 2., 3. und 4. Quartale mindestens sechzehn Wochen konditionslos waren. Die Verzeiraten sollen um etwa 25 Proz. höher bedacht, ebenso die Kinder extra beschickt werden. Nachdem die Versammlung diesem Verteilungsmodus ihre Zustimmung erteilt, dankte der Vorsitzende für die anerkennenswerte Beifert, welche gewiß ein bereichs Zeugnis ablegt für die Solidarität und den Gemeinfinn unter den Buchdruckern.

## Kundschau.

Gesentlich der Anlage eines Arbeiters gegen ein Baugeschäft in Charlottenburg berief sich die verklagte Firma darauf, daß derartige Streitigkeiten lediglich vor die Richter-Kommission des Verbandes der Baugeschäfte von Berlin und Bornborn zu bringen seien, welche zu diesem Zwecke eingesetzt worden. Das von dem Kläger in Anspruch genommene Gewerbegericht gab dem nicht Folge, sondern erklärte sich selbst für zuständig: Nach § 6, Abs. 2 des Gewerbegerichts-Gesetzes in der Fassung der Novelle von 1901 sind Schiedsverträge zur Ausschließung der Gewerbegerichte nur dann gültig, wenn nach dem Schiedsvertrage bei der Entscheidung von Streitigkeiten Arbeitgeber und Arbeiter in gleicher Zahl unter einem Vorsitzenden mitwirken haben, welcher weder Arbeitgeber oder Angestellter eines beteiligten Arbeitgebers, noch Arbeiter ist.“ Wenn der Vorwärts aus dieser Entscheidung schlüsselfolger, daß sie geeignet sei, das Schiedsverfahren im Buchdruckgewerbe auszuschalten, so ist das nicht zutreffend. Erfahrungsgemäß unterwerfen sich etwa 95 Proz. der tariffreien Prinzipale den tariflichen Schiedssprüchen und seiden deren Kompetenz nicht an, während in Einzelfällen der eine oder andere Prinzipal wohl den Schiedsspruch perhorresziert, vor dem Gewerbegerichte aber nicht besser fährt, weil die Ursache der Klage der verletzte Arbeitsvertrag ist. Der Vorwärts glaubt ferner darauf hinzuweisen zu müssen, daß im Kommentare nicht auf jene Bestimmung der Gewerbegerichts-novelle aufmerksam gemacht ist. Warum auch? Unsere Schiedsgerichte sind nicht, wie der Vorwärts irrtümlich annimmt, zur Schlichtung allgemeiner Streitigkeiten bei

Streiks, Aussperrungen berufen, sondern nur zur Ueberwachung und zum Schutze der Aufrechterhaltung des abgeschlossenen Arbeitsvertrages, soweit von einzelnen Prinzipalen und einzelnen Gehülften dagegen begehrt wird. Es sind also nur Einzelfreitigkeiten, die in Betracht kommen, während die Schlichtungskommissionen in allen anderen Verufen diese Aufgabe nicht zur Grundlage ihrer Existenz haben. Bei allgemeinen Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern hört die Mission des Schiedsverfahrens im Buchdruckgewerbe auf, das sich auf ganz bestimmt formulierte, gemeinsam beratene und schriftlich anerkannte Lohn- und Arbeitsbedingungen beschränkt.

Arbeitsordnung für die städtischen Arbeiter — so nennt sich eine Vorlage, die der Rat der Stadt Dresden den Stadtverordneten unterbreitete und die von diesen angenommen wurde. Eine erhebliche Verbesserung der bisherigen Verhältnisse ist dabei nur scheinbar eingetreten, da es lediglich im Belieben des Rates steht, die in Aussicht gestellten Vergünstigungen, nach zehnjähriger Dienstzeit, zu gewähren oder nicht, dagegen sind die Arbeiter in mehrfacher Hinsicht beschränkt worden. In der Beschränkung ist man sogar noch weiter gegangen als vom rechtlichen Standpunkte zulässig erscheint. So soll z. B. jeder ständige Arbeiter die eidesstattliche Versicherung abgeben, dem König treu und gehoramt zu sein. Was hat der König mit den städtischen Arbeitern zu tun? In der Verhandlung über die Arbeitsordnung wurde vertragen, daß es sich hierbei darum handle, die Entlassungsgründe zu vermehren. Die „Königstreue“ ist ein dehnbarer Begriff, den ein jeder ganz nach Gutdünken sich zurechtlegt. Während in bürgerlichen Kreisen damit der größte Unfug getrieben wird, soll hier der Arbeiter auf einen bestimmten Begriff festgelegt werden, den man in jedem Falle nach Belieben konstruiert, die geringste Entgleisung auf politischem Gebiete kann dessen Entlassung zur Folge haben oder ihn sogar als „Meineidigen“ erscheinen lassen. Während hier eine Art Gewissenszwang ausgeübt wird, hindert eine andre Bestimmung den Arbeiter, sich auf wirtschaftlichem Gebiete frei zu bewegen. Es wird ihm in der Arbeitsordnung verboten, sich mit seinen Genossen zu Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften zu vereinigen oder an solchen sich zu beteiligen. Es ist geradezu unbegreiflich, wie eine Stadtvertretung das Recht begründen will, ihren Arbeitern vorzuschreiben, an welchen Verkaufsstellen sie ihren Bedarf von Lebensmitteln usw. zu decken haben. Die Konsequenz würde erfordern, daß der Rat für jeden Artikel verantwortlich gemacht wird, den der Arbeiter infolge dieses Gebotes mehr auskibt, oder die Löhne so zu gestalten hat, daß es auf ein Mehr oder Weniger bei den Ausgaben nicht ankommt. Davon aber schreibt Apostel Paulus nichts, denn es würde nicht einmal ein Minimallohn festgesetzt und dem Arbeiter nur die Perspektive eröffnet, daß nach längerer Dienstzeit der Lohn steigen werde — was übrigens durch die fortschreitende Teuerung ohnehin geschehen muß. Für eine derartige Sozialpolitik danken die Arbeiter.

Der deutsche Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke (Stg Bremen) verfolgt sein Programm mit Mitteln, die zu mancherlei Bebenen Veranlassung geben. In den meisten Arbeitsstätten des Hannoverischen Kreises Jürg findet sich ein Anschlag, der die Einfuhr von Branntwein in die Arbeitsstelle sowie den Branntweingebrauch in derselben verbietet. Dagegen ist ja schließlich nichts einzuwenden, ebenso daß im Nichtbefolgungsfalle eine erste und zweite Verwarnung erfolgt, zur Not kann man auch noch gelten lassen, daß der zweimal Verwarnete bei der dritten Zuwiderhandlung entlassen wird. Aber dagegen ist zu protestieren, daß der betr. Unternehmer nicht nur zur Entlassung unter Kennzeichnung des Entlassenen verpflichtet ist und daß der betr. Arbeiter dann innerhalb drei Monaten von keinem Unternehmer, welcher der Vereinigung angehört, eingestellt werden darf, bei Vermeidung von 5 Mk. Konventionalstrafe für jeden Fall. Es handelt sich hier um an sich harmlose Vergehen — denn notorische Säufer finden ohnehin nur schwer Stellung —, zu denen das drakonische Mittel der Ausschließung in keinem Verhältnis steht.

Der frühere Gemeindevorsteher von Groß-Schönau, Weichelt, wurde vom Landgerichte Baugen verurteilt, auf sechs Jahre in Gefängnis Wohnung zu nehmen. Sein Vergehen besteht in Betrug, Unterschlagung im Amte (150 000 Mk. soll er bei Seite gebracht haben) und Diebstahl. Der Herr Vorsteher hatte das Weite gesucht, ist aber erwischt worden.

In Magdeburg wurde der schon öfter der Justiz verfallene Schriftsetzer Max Bettek zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Er hat in Gemeinschaft mit einem andern Komplicen ein Fabrad gestohlen und verkauft. Bei Verteilung des „Gewinnes“ gerieten beide in Streit, wobei B. seinem „Kompagnon“ einen Messerstich versetzte.

Zur Notlage. Eine Arbeitslofenzählung in Schönbeck ergab 141 Personen ohne Arbeit, davon 36 über 13 Wochen. Ferner arbeiten 27 bei verkürzter Arbeitszeit bis zu 15 Stunden pro Woche. Im benachbarten Frohe waren 25 arbeitslos und 9 bei verkürzter Arbeitszeit beschäftigt. In dem Dorfe Diesdorf befanden sich 180 Arbeitslose mit 21 Kindern. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen in den um Magdeburg gelegenen Orten wird auf 2000 geschätzt.

## Briefkasten.

H. M., Nürnberg: Krieg (in Mappe) 8,50, Faustmann 7 Mk. und H. Hästel (s. Inserat). — E.: Zur Artikel konnte in Anbetracht der Herstellungskosten des

Corr. und weil die Dispositionen für die Nr. 150 schon getroffen waren, nicht mehr in diese aufgenommen werden. Ihre am 1. Januar hier eingetroffenen Zusätze waren auch nicht mehr anzubringen, da die Nr. 1 am 31. Dezember stereotypiert war. — Nach München: Die verlangte Adresse lautet: Nohbachstraße 10, I. Im übrigen herzlichen Dank und Gruß! —tz.: Der Aufnahme Ihres Artikels steht nichts im Wege, nur müssen Sie uns vorher Ihren Namen mitteilen. — W. G. in Nürnberg; Abgesandt. — S. in Breslau: 4 M. — G. in Cöpenick: Je 80 Pf.; bei einem Zeitenspreiße von 10 Pf. wird Rabatt nicht gewährt.

## Verbandsnachrichten.

**Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.** Mittwoch den 7. Januar, abends 9 Uhr: Vereinsversammlung im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.

— Neujahr der Vorstandswahl vom 16. Dezember: Abgegebene Stimmzettel 3637, davon ungültig und weiß 334, bleibende gültige Stimmen 3303. Abwesende Mehrheit 1652. Es erhielten Stimmen die Kollegen: Albert Majini, erster Vorsitzender, 3234, zerspl. 69; Alb. Wachs, zweiter Vorsitzender, 3222, zerspl. 81; Max Eichler, 3228 und Max Thiele 3261, beide als Schriftführer, zerspl. 119; Abd. N. Drehtsch 2412; Emil Grentsch (G.) 2829, Paul Hannad 2255, Friedr. Hoffmann 2344, Fr. Hoyer (Dr.) 2678, Max Kitzelmann 2043, Karl Menze 1625, Paul Schumann (Str.) 2461, Franz Zepper (Dr.) 1637, Paul Weber 1315, Otto Wönitz 1481, als Beisitzer; zerspl. 51. — Die gesparten gedruckten Namen sind die der Gewählten.

**Bezirk Gießen.** Der Vorstand besteht für das Jahr 1903 aus folgenden Kollegen: N. Holland, Schulstraße 11, II, Vorsitzender; Richard Strofwig, Westenslage 62, IV, Kassierer; Paul Moritz, Schriftführer; Wilh. Köderer und Adolf Henkel, Beisitzer.

**Bezirk Krefeld.** Resultat der Urabstimmung über die Gründung einer Bezirksfiliale. Ausgegeben 230 Stimmzettel, eingegangen 158. Für 50, gegen 108. Mit hin ist die Gründung gefallen.

**Cöpenick-Friedrichshagen.** Der Vorstand des hiesigen Ortsvereins für das Jahr 1903 besteht aus nachfolgenden Kollegen: Schütt, Vorsitzender; Stelter, Kassierer; Muchow, stellvert. Kassierer; Lehmann, Schriftführer; Bettmer, stellvert. Schriftführer. — Die Sitzungen finden jeden zweiten Sonnabend im Monate statt und zwar die ungeraden Monate in Cöpenick, Restaurant Fritz Meyer, Rosenstraße 101, die geraden Monate in Friedrichshagen, Restaurant Sängerkasse, Friedrichstraße 61.

**Krefeld.** Der Vorstand für das Jahr 1903 besteht aus folgenden Kollegen: Gustav Murmann, Blumenstr. 94, Vorsitzender; Math. Bücher, Subertusstraße 7, Kassierer; Jak. Erkelenz, Schriftführer; Rud. Schmitz, erster Bibliothekar; Wilh. Diele, zweiter Bibliothekar; Peter Gayer, Beisitzer.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigeigte Adresse zu richten):

Zu Köln die Seker 1. Heinrich Kreuter, geb. in Kreuznach 1862, ausgelernt 1880; 2. Kaspar Feldgen, geb. in Köln 1872, ausgelernt 1891; 3. Wilhelm Klein, geb. in Köln 1865, ausgelernt 1882; 4. Waldwin Vid, geb. in Berglar 6. Dören 1883, ausgelernt in Köln 1901; 5. Jean Schiefer, geb. in Köln 1878, ausgelernt 1890; 6. Wilhelm Bischoff, geb. in Naden 1881, ausgelernt in Berg-Grabbach 1899; 7. Julian Krözwitz, geb. in Schwab a. W. 1880, ausgelernt 1898; 8. Wilhelm Wolf, geb. in Köln 1869, ausgelernt 1888; 9. Bernhard Doetsch, geb. in Köln 1868, ausgelernt 1886; 10. Lorenz Herfer, geb. in Köln 1882, ausgelernt in Godesberg 1901; 11. Frh. Ruff, geb. in Köln 1876, ausgelernt 1902; 12. Joz. Harzländer, geb. in Baul 6. Naden 1884, ausgelernt in Köln 1902; 13. Karl Michel, geb. in Mühlhausen in Thür. 1885, ausgelernt in Magdeburg 1902; die Drucker 14. Gottfried Kessler, geb. in Köln 1870, ausgelernt 1889; 16. Hermann Krubewig, geb. in Köln 1878, ausgelernt 1896; 16. Johann von der Ncht, geb. in Köln 1864, ausgelernt 1884; 17. Jean Breuer, geb. in Köln 1868, ausgelernt 1886; 18. Wilhelm Wülfrath, geb. in Köln 1882, ausgelernt 1900; 19. Joz. Kleinjohann, geb. in Weßdorf

1883, ausgelernt in Köln 1902; 20. Heinz Rosenbaum, geb. in Köln 1883, ausgelernt 1902; 21. der Gießer Ant. Brodmann, geb. in Köln 1872, ausgelernt 1890; 22. der Galvanoplastiker Karl Christ, geb. in Köln 1882, ausgelernt 1900; 23. Ferdinand Sambolowsky, geb. in Köln 1878, ausgelernt 1896; waren noch nicht Mitglieder; die Seker 24. Arthur Bäumer, geb. in Mühlheim (Ruhr) 1876, ausgelernt in Monsdorf 1893; 25. Theodor Laven, geb. in Dören 1874, ausgelernt in Köln 1895; die Drucker 26. Hans Schaff, geb. in Nosenheim (Bayern) 1878, ausgelernt 1896; 27. Joz. Wiesen, geb. in Wochold 1856, ausgelernt in Oberhausen 1874; 28. der Gießer Kaspar Nodentkirchen, geb. in Köln 1877, ausgelernt 1895; waren schon Mitglieder. — J. Noßkamp, Balthasarstraße 60.

Zu Zwickau 1. der Maschinenseher Rich. Köhler, geb. in Pöhlau 6. Zwickau 1876, ausgelernt in Zwickau 1895; 2. der Schweizerdegen Paul Emil Kaupich, geb. in Raschau 1881, ausgelernt in Scheibenberg 1900; waren noch nicht Mitglieder. — C. W. Stoy in Chemnitz, Amalienstraße 41.

## Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung.

**Chemnitz.** Die vereidigten Reiseleiterverwalter werden gebeten, dem Seker Johann Huber aus Reuerbad (Westerr.) die Haupt-Nr. 8943 in das Reisetagebuch einzutragen.

**Krefeld.** Der Bezirk für die reisenden Kollegen befindet sich beim Wirte Heinrich Pimperz, Hochstr. 24 und wird hierauf wiederholt hingewiesen. Der Corr. liegt aus.

**Saarbrücken-St. Johann.** Da es in letzter Zeit wiederholt vorgekommen ist, daß reisende Kollegen hier ohne Buch und Legitimation angekommen sind, mache ich die betreffenden Kollegen in ihrem eignen Interesse darauf aufmerksam, daß weder der hiesige Bezirksseker noch der Verwalter die verkehrten Bücher einlöst. Dies gilt besonders für den Bezirksseker in Straburg, da derselbe den Reisenden Vorwürfe bis zu 16 M. auf das Buch gibt und die betreffenden Kollegen nach Saarbrücken beordert mit dem Bemerkten, hier würden die Bücher ja wieder eingelöst.

## Die Nervenkraft — eine Existenzfrage.

Wir leben in einer Zeit des rassisten Wettbewerbes auf allen Gebieten.

Jeder Einzelne strebt nach geistigen oder materiellen Erfolgen, um verfeinerten Lebensansprüchen zu genügen, oder Rang, Ansehen, Unabhängigkeit zu erlangen. Wer in dem gewaltigen Strome mitfließen will, muß kräftige Kräfte haben, er muß im Vollbesitze der Nervenkraft sein, wenn er den gefeigerten Ansprüchen an physische und geistige Energie genügen soll.

Die Nervenkraft ist somit eine Existenzfrage und die rationelle Nervenpflege eine der vornehmsten Aufgaben unsers modernen Lebens.

Große Gefahren können durch Beobachtung einfacher Naturgesetze dauernd vermieden werden. Diese Gesetze scheinen aber nur Wenigen bekannt zu sein oder sie werden nicht genügend gewürdigt, da sich die

### Nervenschwäche

mit ihren vielen Abarten: Hysterie, Melancholie, Hypochondrie usw. einer Zeitkrankheit herausgehoben hat. Die unheimlichen Wirkungen der nervösen Erschöpfung, welche den Kranken in seiner Berufstätigkeit lahm legen und ihn alle Lebensfreude rauben, sind allgemein bekannt.

Es gibt wohl kaum eine härtere, grauenerregendere Strafe für Vernachlässigung oder unbewußt begangene Sünden (Krafter in der Lebensweise) als die Nervenschwäche (Neurasthenie). Körperliche und geistliche Qualen wirken hier zusammen, um den davon Betroffenen das Dasein zur Hölle zu machen. Wenn das Nervensystem einmal erkrankt hat, den hält es unerbittlich fest. Weder in der Arbeit noch im Vergnügen findet er Befriedigung, über allmähligem Kräfteabnahme und Verschlimmerung, krankhafte Äußerungen, Angstzustände, Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung. Er ist in der Regel unfähig, seinen Geist auf irgend eine Aufgabe (Lesen, Denken usw.) zu konzentrieren. Jede geistige und körperliche Anstrengung, auch die kleinste, hat bei ihm eine peinvolle Ermüdung und selbst körperliche Schmerzen im Gefolge. Die kleinen Unannehmlichkeiten des täglichen Lebens, welche der Gesunde kaum beachtet, geringe Gefühle und sonstige nichtige Nervenreize den Nervenschwachen zu Bestätigung und Anreiz. Die Gesamtstimmung dieser Kranken ist eine düstere, pessimistische Lebensauffassung zumeist, ja mitunter völlig mit- und hoffnungslos (Melancholie). Eine unwiderstehliche Willensschwäche zwingt in ihnen die immervärende Angst, was wohl das Leben noch bringen werde. Allergand hypochondrische Ideen pflegen nebenher zu gehen, geringfügige Schmerzen werden als Vorzeichen schwerer Krankheit gedeutet. Wirklich organische Leiden sind beim Nervenkranken selten nachweisbar, und trotzdem fühlt er sich krank und elend. Nicht selten plagen ihn Magenverstörungen und Verdauungsstörungen, Blausucht, Menstruationsstörungen, der Kopf ist eingenommen, die Glieder schwach und kraftlos. Sein Schlaf ist unruhig und ohne Erquickung; abgepannt und müde verläßt er am Morgen sein Lager. Die Qualen dieser armen Kranken sind kaum zu beschreiben und sie werden geradezu unerträglich dadurch, daß sie von ihrer Umgebung, von ihren eignen Angehörigen und besten Freunden — nicht verstanden, als eingebildete Kranke, ja sogar als arbeitsfähige Menschen behandelt werden. Man kann ohne weiteres annehmen, daß bei allen Nervenkranken eine Verschlechterung des Blutes und der gesamten Säfte des Körpers vorliegt, daß unvollkommen oxydierte Produkte der vegetativen Stoff-Metamorphose (Kohlensäure, Formikinsäure, Ammoniak) im Blute freies oder an salzigen Stoffen abgelagert sind. Daher die behinderte Funktionsfähigkeit der Organe, die schlechte Ernährung der Nerven, die krankhaften Erscheinungen.

Die Mannigfaltigkeit der Symptome weist auf eine Gesamterkrankung des Organismus hin, welcher, wie die Erfahrung lehrt, mit symptomatischen Mitteln nicht bezwungen ist.

Man beschränkte sich bisher darauf, längere Ruhepausen mit Ortsveränderung, Aufenthalt an der See, im Gebirge oder den Besuch von Nervenheilanstalten zu empfehlen, womit ohne Zweifel manche gute Erfolge erzielt wurden, wenn der Kranke genügend Zeit und Geld besaß, um diese

ebenso zeitraubenden wie kostspieligen Kuren bis zu Ende durchzuführen. Da jedoch die meisten Nervenkranken durch ihren Beruf oder die Inzulänglichkeiten ihrer Mittel an die Scholle gefesselt sind, so dürfte es angezeigt sein, auf eine neue Nerven-Therapie hinzuwirken, welche, auf einfachen Prinzipien beruhend, von jedermann ohne Zeitverlust und mit geringen Kosten zu Hause angewendet werden kann.

Die Kur richtet ihr Hauptaugenmerk auf die Beseitigung der Grundursache, auf die Befreiung des Körpers von den abgelagerten Selbstgiften durch gesteigerte intracelluläre Oxydation und durch bessere Ernährung, d. h. leichtere vollkommene Verdauung der aufgenommenen Nahrung. Die unmittelbare Folge davon ist eine Entlastung des Nervensystems einerseits sowie eine bessere Ernährung (Kräftigung) derselben andererseits.

Das Liebes wird bei der Wurzel gefaßt, indem der krank, degenerative Organismus gereinigt und neu aufgebaut wird. Diefen Zweck erreicht man durch Zufuhr von aktivem Sauerstoff in Form einer absolut ungiftigen und daher unschädlichen chemischen Verbindung (Magnesiumsuperoxyd MgO<sub>2</sub>). Zahlreiche praktische Erfolge bestätigen die Richtigkeit des leitenden Grundprinzips und neuerdings wurde auch der theoretische Beweis erbracht, daß der aus der obigen Verbindung abgepaarte Sauerstoff ins Blut übergeht, dort oxydierend wirkt und auf diese Weise den gesamten Stoffwechsel des Organismus aufs wohlthätigste beeinflusst.

Diese oxydierende Wirkung des Sauerstoffes läßt sich weiter sehr deutlich durch das allmähliche Verschwinden der abnormalen (krankhaften) Stoffe im Urine erkennen und wird deshalb in unsern Instituten auf eine genaue pharmakologische große Wert gelegt.

Während Aufstufung über das neue Verfahren und Heilberichte enthält ein Prospekt, welchen das ärztlich geleitete Institut für Sauerstoff-Verfahren Berlin W. 8, Leipzigerstraße 26, gratis und franco versendet.

## Seker für Italienisch

zum Internen an der Monoline per sofort gesucht. Geborener Italiener mit deutschen Sprachkenntnissen bevorzugt.  
Berlin SW 18. 250

Monoline, Maschinenfabrik, Aktiengesellschaft.

## Für das Ausland gesucht:

Ein Stempelschneider und ein Zinkstecher, tüchtige, ernste und fleißige Leute. Für Meisterstellen, welche prima Zeugnisse beibringen können, werden berücksichtigt. Werte Offerten mit Gehaltsansprüchen unter Nr. 296 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Junger, umsichtiger, korrekter.

## Typographseker

wünscht sich zu verändern. Proving und reichlich Sachkenntnis. Eintritt vierzehn Tage nach Engagement. Werte Off. unter K. 252 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

## Tüchtiger Mund- und Plakstereotypen

20 Jahre alt, durchaus selbständig und zur Tätigkeit in allen Arten der Stereotypie, sucht annehmende Stellung. Eintritt nach Vorbes. W. D. H. Nr. 219 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

## Hamburg-Altona. \* Maschinenmeister-Verein.

Sonnabend den 10. Januar, abends präzis 9 Uhr, im Lokale des Herrn A. Opitz, Kaiser Wilhelmstraße 48:

### Monatsversammlung.

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Monatsabrechnung; 3. Anstellung von Kandidaten zur Vorstandswahl; 4. Technisches; 5. Freie Diskussion.

Wir machen auf den Beschluß der vorigen Generalversammlung aufmerksam und bitten um recht zahlreichen Besuch.  
Der Vorstand. 246

**Carl Reichenbach**  
München • Heustr. 29/0  
Permanent. Musterausstellung  
und Lager (electr. Betrieb)  
von:  
Berger & Wirth, Leipzig  
J. G. Mailänder, Cannstatt

## Achtung! Achtung!

### Stereotypen u. Galvanoplastiker.

Bei Konditionsannahme nach Berlin sind vorher Grundfragen einzuziehen in Arbeitsnachweise. Beim Albrechtstraße 3. Restaurant Schuß, oder beim Vorstehenden Ch. Weyland, Kolonnenstraße 37. 140

## Coepenick-Friedrichshagen.

Sonnabend den 10. Januar, abds. 9 Uhr:

### Monatsversammlung

in Coepenick, bei Fritz Meyer, Rosenstr. 101. Gäste willkommen. 255

## Dresden Buchdruck-Masch.-Verein Dresden

Sonntag den 11. Januar, vorm. 1/2 11 Uhr:

### Generalversammlung

im neuen Vereinslokale 7 Müllerer Restaurant, Große Blauenstraße 31. Um zahlreichen Besuch und pünktliches Erscheinen bitten  
Der Vorstand. 251

## Nordhausen.

Mittwoch, 7. Jan. Versammlung.

## Technik der bunten Accidenz.

Rich. Härtel in Leipzig, Nr. — 350 M.

L. Hofmann, wo steckst Du? M. Zeisinger, 7. Komp., 23. Inf.-Reg., Saargemünd. 253

Am 30. Dezember verschied nach kurzem Krankenlager unser hochverehrter Prinzipal, der Verlagsbuchhändler und Buchdruckereibesitzer Herr

## Karl Dülfer

im 50. Lebensjahre. Er war ein gerechter und humaner Chef, dem ein treues Gedenken bewahren  
248

Die Gehilfen der Offizin Karl Dülfer.  
Breslau, den 31. Dezember 1902.

## Richard Härtel, Leipzig-R.

Kohlgartenstraße 48

Buchhandlung und Antiquariat

liefert Werke aller Art zu Ladenpreisen franko. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten.

Die Zeitungsarbeit. Kritisch beleuchtet von

Richard Härtel, 60 Pf.

Farbentechnik für Buchdrucker, von Härtel. Mit einem illustrierten Farbentriebe und gegen 600 Farbentmischungen. Geb. 5 M.

Praktischer Leitfaden für Buchdruck. Ein wirkliches Lehrbuch für den Buchdruck und die Farbentmischung im Buchdruck. Nach jahrelanger praktischer Erfahrung und Verjuden bearbeitet u. herausgegeben von J. Müller u. M. Dethlefs. 850 M. franko.

Gutenbergs-Jubiläum-Märchen von G. Schäfer. Für alle Buchdrucker-Familien geeignet. Nur Streichdrucker 2,20, für Pianoforte 1 M.